

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Beigeordnete Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh

Mitglieder Gruppe Grüne/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzender Werner Biehl
Ausschussvorsitzende Katja Breuer

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied UWG WHV-Fraktion:

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Jens Graul

vom Eigenbetrieb:

Betriebsleitung Eigenbetrieb SDW - Ulrich Dierkes

von der Verwaltung:

Referatsleiter 4 – Jens Müll
Fachbereich Kommunikation & Koordination – Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination – Insa Rogel
Fachbereich Finanzen – Jörg Valnion
Fachbereich Stadtplanung – Michael Witt

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 25.11.2013	
4	<u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u>	
4.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss	279/2013
5	<u>Vorlagen an den Rat:</u>	
5.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	300/2013
5.2	Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Info-Box JadeWeserPort GmbH	304/2013
5.3	Änderung des Überlassungsvertrags Stadttheater	301/2013
5.4	Änderung des Personalgestellungsvertrages Stadttheater	302/2013
5.5	Verwaltungs- und Organisationsgutachten der KGSt., „Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland“; Grundsatzbeschluss	299/2013
6	<u>Angelegenheiten der Rechnungsprüfung:</u> -keine-	
7	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u> -keine-	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

-Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt-

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 25.11.2013

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 25.11.2013 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **279/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Geldspende(n):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. August-Desenz-Drehorgel-Stiftung, Frau Brigitte Kunze, Schlafdeich Süd 10, 26388 Wilhelmshaven	500,00 €	Spende an die RS Freiherr-vom-Stein-Schule für Nachhilfeprojekte
2. Jürgen Breeden, Erlenweg 7, 26452 Sande	151,60 €	Geldspende an den Besuchsdienst der Altenhilfe
3. Frau Renate Haugke, Johann-Janßen-Ring 21, 26384 Wilhelmshaven	101,60 €	Geldspende an den Besuchsdienst der Altenhilfe
4. Elternförderkasse, Herr Lutz Weber	1.200,00 €	Zuschuss für Mittagessen an der GS Siebethsburg
5. Elternförderkasse, Herr Lutz Weber	ca. 300,00 €	Erstattung der Buskosten zum Bürgerhaus Schortens für den Besuch des Wintermärchens für Kl. 1, 4a und 4b der GS Siebethsburg
6. Frau Karin Otto, Dorfmark 25, 26389 Wilhelmshaven	2.000,00 €	Spende Besuchsdienst Altenhilfe
		
7. Herr Gerd Broens, Freiligrathstr. 128, 26386 Wilhelmshaven	300,00 €	Geldspende an den Besuchsdienst der Altenhilfe
8. Besucher des Botanischen Gartens	520,85 €	Erlös aus dem „Spendenschwein“ des Botanischen Gartens

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG 300/2013 durch den Rat

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Geldspende(n):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Sparkasse Wilhelmshaven, Theaterplatz 1, 26382 Wilhelmshaven	4.000,00 €	Geldspende für die Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven

5.2 Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Info-Box JadeWeserPort GmbH **304/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Frau Ober-Bloibaum teilte mit, die Beschlussvorlage hätte bei der Fraktion BASU / Hammadi zu Irritationen geführt. Ihrer Meinung nach sollte ein bereits in den Ruhestand verabschiedeter Mitarbeiter nicht in einen Aufsichtsrat entsandt werden.

Herr Biehl zeigte sich hinsichtlich der vorgesehenen Vertretungsregelung sowie hinsichtlich der zeitlichen Befristung irritiert. **Herr Hellwig** entgegnete, der Rat könne eine in den Aufsichtsrat entsandte Person jederzeit wieder abberufen. Dies gelte auch für einen etwaigen Vertreter. **Oberbürgermeister Wagner** erläuterte die Befristungsregelung und machte deutlich, dass die gewählte Formulierung nicht unüblich sei.

Die Frage von **Herrn Walpurgis**, ob die Aufsichtsratsstätigkeit mit einer Vergütung verbunden sei wurde von **Herrn Dr. Graul** verneint.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Als Mitglied in den Aufsichtsrat der JadeWeserPort InfoCenter GmbH wird

Herr Dr. Jens Graul

entsandt.

5.3 Änderung des Überlassungsvertrags Stadttheater **301/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Biehl vertrat die Auffassung, eine Beschlussfassung über den Vertrag in der vorgelegten Form würde einen schweren Schaden bei der Landesbühne zur Folge haben. Von der Streichung des Musiktheaters seien insbesondere die Abonnements betroffen. Die Maßnahme gehe somit zu Lasten der Besucherzahlen. Außerdem werde seiner Auffassung nach hier ein falsches Signal gesendet.

Herr Dr. Graul entgegnete, durch den neuen Vertrag werde die Landesbühne seitens der Stadt von der Verpflichtung entlastet zwingend ein Musiktheater anbieten zu müssen. Dies bedeute jedoch nicht, dass es an der Landesbühne künftig kein Musiktheater mehr geben werde.

Herr Walpurgis bat die Ausschussmitglieder den Beschlussvorschlag, entgegen der Beschlusslage im Ausschuss für Sport und Kultur, abzulehnen. Das Musiktheater stelle aus seiner Sicht einen wesentlichen Bestandteil der städtischen Kulturlandschaft dar. Mit der Neufassung des Vertrages „setze Wilhelmshaven ein Zeichen in die falsche Richtung“ und leite einen „Untergang in Raten“ ein.

Herr Dr. Graul entgegnete, er könne nicht erkennen warum eine Kürzung um 30 T€ bei einem Gesamtetat von 1,4 Mio. € zu einem „Ende der Kulturlandschaft“ führen solle.

Herr Biehl ergänzte, die Neufassung des Vertrages komme außerdem verfrüht, denn mit der vorgesehenen Neuausrichtung der städtischen Kulturlandschaft sei noch nicht einmal begonnen worden.

Oberbürgermeister Wagner entgegnete, der Rat habe die Verwaltung im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts beauftragt den Überlassungsvertrag mit dem Stadttheater, mit der Zielrichtung einer Einsparung, neu zu verhandeln. Dies sei, gemeinsam mit der Landesbühne, nun auch geschehen und das Ergebnis werde von dort aus mitgetragen.

Herr Becker war der Meinung es werde „an den falschen Stellen gespart und an den falschen Stellen Geld ausgegeben“. Abschließend zitierte er aus dem Wahlprogramm der CDU von der letzten Kommunalwahl, nach dem einer „Gefährdung der Kulturlandschaft entgegen zu wirken sei“. **Herr Wagner** bedankte sich für das Zitat und verdeutlichte, dass eben dieses mit dem vorgelegten Beschlussvorschlag erreicht werden könne. Der Fortbestand der Landesbühne werde durch den neuen Überlassungsvertrag nämlich gesichert und keineswegs gefährdet.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung des Vertrages zwischen der Stadt Wilhelmshaven und der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH vom 30.08.1984 bzw. 24.06.2010 in der vorgelegten Form zu.

5.4 Änderung des Personalgestellungsvertrages Stadttheater

302/2013

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung des Personalgestellungsvertrages zwischen der Stadt Wilhelmshaven und der Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH vom 30.08.1994 in der vorgelegten Form zu.

5.5 Verwaltungs- und Organisationsgutachten der KGSt., „Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland“; Grundsatzbeschluss **299/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Oberbürgermeister Wagner teilte mit, die Verwaltung sehe sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage dem Rat der Stadt eine Einkreisung zu empfehlen. Derzeit seien zu viele Detailfragen noch nicht hinlänglich beantwortet. Ziel könne nicht lediglich die „Umverteilung von Aufgaben“ sein. Vielmehr müsse erreicht werden, dass sowohl der Landkreis Friesland als auch die Stadt Wilhelmshaven am Ende weniger Finanzmittel aufwenden müssen als dies jetzt der Fall sei.

Zur Verdeutlichung benannte **Herr Wagner** den Bereich „Schulen“. Nach einer Einkreisung ginge diese Aufgabe auf den Landkreis über. Für eine Nutzung der, weiterhin im Eigentum der Stadt Wilhelmshaven stehenden Gebäude, müsse folglich entweder eine Veräußerung dieser Gebäude an den Landkreis erfolgen oder eine dauerhafte Vermietung. Hierüber müsse zunächst intensiv diskutiert werden.

Man stehe erst am Anfang einer Diskussion. Die Beschlussvorlage sei daher seitens der Verwaltung offen formuliert worden. Beide Alternativen (Einkreisung bzw. verstärkte Kooperationen) stellten jedoch grds. gangbare Alternativen dar.

Herr Biehl äußerte, die Empfehlungen der KGSt seien für ihn häufig nicht nachvollziehbar und widersprächen oft den zugehörigen Texten. Allein die Kosten einer Umstellung der vielen unterschiedlichen Systeme würden seiner Meinung nach die angestrebten Einsparungen wieder aufzehren. Er plädiere daher dafür sich zunächst auf eine Neuausrichtung der städtischen Organisation sowie eine Neustrukturierung des „Konzern Stadt“ zu konzentrieren. Eine Kreisreform sei für ihn ohnehin lediglich gemeinsam mit den Landkreisen Friesland, Wittmund und Wesermarsch sinnvoll.

Herr Föhlinger stellte anschließend für die Fraktionen der SPD und CDU folgenden gemeinsamen Änderungsantrag:

„Der Rat beschließt

Alternative B:

die Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland aufzunehmen, um Vereinbarungen zur Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit zu erarbeiten und den zuständigen Gremien jeweils zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, zunächst über den Änderungsantrag abstimmen:

Ja: 15

Nein: -

Enthaltungen: -

Zur Verdeutlichung der Beschlusslage lies die Vorsitzende, **Frau Breuer**, auch über Alternative A (Einkreisung) des ursprünglichen Beschlussvorschlages der Verwaltung abstimmen:

Ja: - Nein: 15 Enthaltungen: -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- **-geändert-**

Der Rat beschließt:

Alternative B:

die Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland aufzunehmen, um Vereinbarungen zur Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit zu erarbeiten und den zuständigen Gremien jeweils zur Beschlussfassung vorzulegen.

6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

-keine-

7 Mitteilungen und Anfragen

-keine-

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:20 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer